

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. April 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark. Polzeugspreis für Monat April 3 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 10 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Obergangsgebühr 10 Pfg. Waisen. Beiträge gegen Vorzuschießung.

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachgelagerte: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Blasienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Neiß & Neißhardt in Dresden.
Postfach - Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unserlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

<h2>Hotel Bellevue</h2>	Nachmittag-TEE mit Konzert. Mittag- und Abend-Tafel im Terrassen-Saal an der Elbe. Bekanntes vornehme Tafelmusik.	Jeden Mittwoch Abend <h2>Reunion</h2>
	Festsäle und Konferenzzimmer.	

Gingeständnis des Schachergeschäfts der Linken

Sturz der Reichsregierung als Folge eines Marxsieges in der Präsidentenwahl.

150 Todesopfer des Bolschewissen-Anschlages in Sofia. - Barmals Vernehmung vor dem Reichslagsauschuss. - Das Russischiff R. 33 gelandet

Ein offenes linksradikales Geständnis.

Berlin, 17. April. In der „Nationalliberalen Korrespondenz“ lesen wir: Die linksrepublikanische Wochenchrift „Das Tageblatt“ schreibt in ihrem Heft vom 15. April über die Aufstellung des Herrn Marx zum Präsidentschaftskandidaten: „Die Präsidentschaftswahl steht unter dem Zeichen des Handelsgeschäfts. Weil bei einem Einheitskandidaten nichts zu verdienen ist, kann es auch keinen geben. Der Austausch der Wahlpositionen in Preußen und im Reich war die einzige Verwendungsmöglichkeit für die schiefgefahrenen Parteien der Linken. Kein Wunder, daß sie sich in ihren Freibewegungen nicht hüten lassen wollten und Herrn Luther seinen ersten großen Mißerfolg bereiteten. Dadurch wird nur deutlicher, daß diese Wahlen auch nur für oder gegen die Reichsregierung im Reich entscheiden sollen. Steigt der Republikaner, so wird seine erste Aufgabe sein, eine Kabinettsliste zu liefern. Der Sieg der Republik ist erst vollständig, wenn ihm das gut und schnell gelingt.“

Hierzu sagt die „Volksparteiliche Parteikorrespondenz“ mit Recht: „Bis jetzt hat noch kein Zentrumblatt es gewagt, seinen Lesern mitzuteilen, daß Herr Marx die Unterstützung der Sozialdemokraten auch durch Errichtung einer Linksregierung der Weimarer Koalition im Reich bezahlen soll. Da aber Herr Marx jetzt täglich redet, sogar vom Zuge aus, nimmt er vielleicht die nächste Gelegenheit wahr, sich zu dieser außerordentlich wichtigen Frage selbst zu äußern, zumal auch den sozialdemokratischen Wählern im Lande erzählt wird, der Sieg des Herrn Marx bedeute den Sturz der Reichsregierung Luther und die Wiederkehr der sozialdemokratischen Herrschaft im Reich, auf Grund der zwischen Marx und der Sozialdemokratie getroffenen Abmachung.“

Das deutsche Volk hat ein Recht, volle Aufklärung von Marx zu fordern. Wir erwarten, daß Herr Marx in seiner nächsten Rede die gewünschte Auskunft gibt.“

Das ehrlose Schielen nach der Auslandsmeinung.

Berlin, 17. April. Von einem führenden Berliner Bankhaus wird unter Bezug auf die Schwindelnachrichten von der Beeinträchtigung des amerikanischen Anleihegeschäftes durch die Kandidatur Hindenburg mitgeteilt, daß es zweimal schon die Erfahrung gemacht habe, wie völlig verlogen diese Behauptungen seien. Das Bankhaus verhandelt mit amerikanischen Kreditgebern über eine Anleihe für eine rheinische Stadt. Das amerikanische Angebot lautete ursprünglich auf einen Zinssatz von 7% und ist letztern auf 7% ermäßigt worden. Das Bankhaus pflegt weiter mit einer anderen amerikanischen Gruppe Kreditverhandlungen für zwei industrielle Werke. Sie sind gestern mit dem hiesigen Vertreter jener amerikanischen

Gruppe weitergeführt worden, und der Amerikaner hat nicht nur keinerlei Änderungen seiner Vorschläge gemacht, sondern darüber hinaus ausdrücklich versichert, nach allen seinen Nachrichten aus Amerika herrsche in den dortigen Bankkreisen nicht die Spur einer Beunruhigung über die Möglichkeit einer Wahl Hindenburgs zum Präsidenten.

Das sind Tatsachen. Wenn das des großen Schwindels schuldige Berliner demokratische Blatt heute seine Lügen aufrechtzuerhalten sucht, so dürfte es sich damit in den Augen aller Einsichtigen nur selbst richten. Aber es kann nicht verborgen bleiben, daß solche Schwindelmeldungen, wie sie die deutsche Linkspresse in die Welt setzt, nicht dazu angetan sind, den deutschen Interessen in Amerika zu dienen.

Ueberaus fennzeichnend für die Stimmung in Amerika gegenüber den Lügenmanövern der deutschen Linken

ist auch ein Leitartikel der „New York Times“, in dem es heißt, das ganze Deutschland früherer Tage würde nicht so starkes Gewicht darauf gelegt haben, was das Ausland sagt. Das heutige Deutschland indes sieht sich veranlaßt, sich vor der Welt zu verteidigen oder sich zu rechtfertigen, und es erhält Amerika die seltsamsten anmutenden Verstrickungen über Hindenburgs Kandidatur. Hindenburg würde nur die gleiche Art repräsentierender Persönlichkeit sein wie sein Amtsvorgänger Ebert. Der Feldmarschall könnte also selbst dann nicht die Republik in eine Monarchie umkehren, wenn er es wünschen sollte. Er würde aber, dessen könnte man angesichts seiner Persönlichkeit vollkommen sicher sein, obwohl Soldat, seine zivile Pflicht tun.

In diesem Zusammenhang ist auch von Interesse, was die „London Daily News“ schreibt. Der Kampf um die Erlangung der Millionen Stimmen, so heißt es in dem englischen Blatte, die bei dem ersten Wahlgange nicht abgegeben wurden, sei außerordentlich scharf.

Die republikanischen Parteien verfolgten aber eine sehr schlechte Taktik, indem sie die ausländische Meinung gebrauchten, um Marshall Hindenburg als Präsidentschaftskandidat zu diskreditieren.

Diese ausländische Einschätzung in die Wahl sei lediglich dazu angetan, die Chancen des Dr. Marx zu verkleinern. Damit dürfte der Linken auch einmal von einer Seite Antwort auf ihr Schielen nach dem Ausland und seiner Meinung gegeben sein, die sie in diesem Falle wohl kaum als besorgsam ansehen wird. Es ergibt sich daraus, daß es lediglich parteitaktische Gründe sind, die die Linkspresse so wildelos von der verderblichen Wirkung auf das Ausland sprechen lassen.

Die Verurungsverhandlung im Prozeß Kroner.

Berlin, 17. April. Wegen den Landgerichtsdirektor Dr. Kroner, der wegen Verleumdung der Magdeburger Richter zu 3000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, findet am Montag, den 20. April, vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I Berlin die Verurungsverhandlung statt.

Aufbruch in Bulgarien.

Massenflucht nach Jugoslawien.

Wagner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten.“
Belgrad, 17. April. Die bulgarischen Flüchtlinge, denen es gelungen ist, noch mit dem letzten Zug die jugoslawische Grenze zu erreichen, berichten, daß sich auf der ganzen Strecke von Sofia bis Karibrod die Bevölkerung erhoben, die Behörden verweigert und durch neuerewählte Vertrauensmänner ersetzt habe. Das Bombenattentat in der Kathedrale von Sofia sei offenbar nur das Zeichen für den allgemeinen Aufstand gewesen.

150 Todesopfer.

Sofia, 17. April. (Meldung der Bulg. Telegr.-Agentur.) Nach den neuesten Feststellungen hat sich die Zahl der bei dem Bombenanschlag getöteten Personen auf 150 erhöht, unter denen sich mehrere Frauen und Kinder befinden. Aus der Provinz liegen keine weiteren Meldungen vor, außer daß auf dem Bahnhof von Kostoneh eine Person verhaftet worden ist, die versucht, Explosivstoffe zu verbergen. sonst ist alles ruhig. Die Flüge verkehren regelmäßig. Das Dekret über die Verhängung des Belagerungszustandes wird heute veröffentlicht.

Sofia, 17. April. Die Kathedrale ist durch die Explosion erheblich beschädigt worden. Eine der drei Kuppeln, in deren Nähe sich die Ölmalmaschine befand, stürzte vollständig zusammen.

Die Bolschewisten als Anstifter.

Berlin, 17. April. Dr. Popoff, der bulgarische Gesandte in Berlin, äußert sich über die fortgesetzten politischen Attentate in Bulgarien dahin, daß es der Regierung Jankow seit geraumer Zeit nicht unbekannt geblieben

war, daß die Feinde zu einem neuen Schlage anzuholen gedachten, um das verhasste bürgerliche Regime zu stürzen und das Land zu bolschewisieren.

Die Regierung hat ein Originaldokument der russischen Sowjetregierung, datiert vom 12. März, in Händen, in welchem ganz genaue Einzelheiten und Anweisungen über den revolutionären Umsturz enthalten waren, der nach der Moskauer Instruktion am 15. April Punkt 12 Uhr mittags losbrechen sollte.

Dieser bolschewistische Aufstand sollte weitestgehend zunächst in Bulgarien ausflammen und von da aus das ganze Land umfassen. Die im Besitz der bulgarischen Regierung befindlichen Dokumente der Moskauer Sowjets belegen ausdrücklich, daß als Auftakt des für den 15. April vorbereiteten Aufstands eine Reihe politischer Attentate verbunden mit Brandstiftungen in Sofia voranzugehen haben. Es handelt sich um ausgesprochene Terrorisierungsabsichten, die die bulgarische Regierung mit den stärksten Nachmitteln zu bekämpfen wissen wird.

Alle Minister hielten gleich nach der Explosion einen Ministerrat ab, um die unmittelbar zu verhängenden Maßnahmen zu beschließen. Der Kriegsminister und der Kommandant der Garnison von Sofia, Masarow, wurden auf dem Wege von der Bevölkerung mit Begeisterung begrüßt. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und alle Maßnahmen getroffen, um die Ordnung zu sichern. In der Hauptstadt herrscht gegenwärtig vollkommene Ordnung.

Berlin, 17. April. Nach einer hier eingegangenen amtlichen Nachricht ist bei dem Explosionsunfall in Sofia kein Mitglied der dortigen deutschen Gesandtschaft verletzt worden. Verhaftungen wegen des Attentats auf den König.

Sofia, 17. April. Die Vertreter des Hauptauschusses der bulgarischen Bauernpartei, Markow und Balalow, wurden unter der Beschuldigung der Urheberchaft des Attentats auf den König verhaftet.

Painlevé—Caillaux—Briand.

An der Spitze des neuen französischen Kabinetts steht Painlevé. Er gibt ihm den Namen, aber er ist zweifellos nicht die überragende Persönlichkeit, um ihm ein persönliches Gepräge aufdrücken zu können. Die Richtung der künftigen französischen Politik dürfte vielmehr letzten Endes erst durch den Ausgang der unausbleiblichen Auseinandersetzung zwischen den beiden markantesten Mitgliedern des Kabinetts Caillaux und Briand bestimmt werden, da die neue Regierung gar zu deutlich den Stempel eines Übergangskabinetts trägt. Trotzdem geben Name und Art des neuen französischen Ministerpräsidenten heute schon den Wählern der deutschen Linken Veranlassung — wer konnte es anders erwarten — durch überreiche Vorkursvorbeeren für Painlevé den französischen Ministerwechsel für die bevorstehende Präsidentschaftswahl in Deutschland in einer Weise auszubedenken, die den Taktikern geradezu ins Gesicht schlägt. Daß ein Mathematiker nicht immer glänzende politische Fähigkeiten an den Tag zu legen braucht, haben wir an Josef Wirth genossen erfahren. Und daß die Tatsache einer ehrlichen Freundschaft und Gesinnungsgemeinschaft Painlevés mit Herriot nach der bitteren Enttäuschung der deutschen Verständigungsallusionisten durch Herriot nicht gerade eine wirksame Empfehlung für Painlevé sein kann, hindert die deutschen Internationalisten nicht, neue gefährliche Hoffnungen in ihrer Anhängerenschaft zu wecken. Sie graben zu diesem Zweck eine Ausherrung Painlevés aus der Blütezeit der Verständigungsphrasen kurz nach dem Wahlsieg der französischen Linken im Mai 1924 aus und knüpfen an sie die Prophezeiung: „Ob Deutschland von seiner Regierung Gutes erhoffen kann, wird von der Entwicklung abhängen, welche die deutsche Politik nimmt“. Und das nach der Verweigerung der Ruhräumung, nach der erzwungenen Generalkontrolle, nach dem Kölner Vertragsbruch und nach der Haltung gegenüber dem Sicherheitsvorschlag! Selten ist eine Enttäuschung für unsere Illusionspolitiker größer gewesen als die der Politik Herriots, die Painlevé fortsetzen soll und will. „Wir wollen die Macht in den Dienst des Rechts und eines für alle Völker gerechten Friedens stellen“, verkündete der damalige Kammerpräsident Painlevé. Ist es aber vergessen, daß er wenige Tage später erklärte: „Eine Ämterung der Ruhr ist nicht denkbar!“ Was Herriot war, wird auch Painlevé sein, nichts weiter. Und darum ist die Wahlpropaganda der Linken mit Painlevé um so mehr eine verfehlte Spekulation, als selbst der „Vorwärts“ zugeben muß, daß der „aufrechte“ Politiker Painlevé „ebenso oft schwankend und beeinflussbar“ ist wie Herriot. Painlevé ist aber im Gegensatz zu Herriot dem Einfluß zweier ebenso bedeutender wie gegensätzlicher und auseinanderstrebender politischer Persönlichkeiten von eigenem Gepräge, wie sie Caillaux und Briand darstellen, ausgesetzt. Ob es gelingt, beide in peinlicher Abgrenzung ihrer Bestrebungen zu ergründlicher Arbeit vor den gemeinsamen Wägen zu spannen und mit ihnen vor dem misstrauischen Senat zu bestehen, wird darum die Schicksalsfrage des Kabinetts Painlevé sein, auf die irgendeine Entwicklung in Deutschland nicht den geringsten Einfluß hat.

Caillaux ist die Sensation des Tages, nicht nur in Paris. Denn sein so schneller Wiedereintritt in die praktische Politik ist ein Ereignis von weitpolitischer Bedeutung. Er ist nicht nur einer der hervorragenden Köpfe Frankreichs, nicht nur die unbestreitbare finanzpolitische und wirtschaftliche Autorität, die ihn vielleicht als den einzigen Finanzminister erscheinen läßt, dem es gelingen könnte, die in Folge der kümperhaften sozialistischen Methoden Herriots heillos verfahrenen Finanzen des Landes in Ordnung zu bringen, sondern er ist zugleich eine ebenso rücksichtslose wie ehrgeizige Kämpfernatur, die sich nicht damit genug tun läßt, daß er bei seinem ersten Auftreten in der Öffentlichkeit nach jahrelanger Verbannung auf den Schultern einer ihm begeistert zuzubehelnden Menge in seinen Wagen getragen wurde. Caillaux wird Rechenschaft fordern von seinen nationalen Gegnern, wird den Kampf aufnehmen mit seinen Feinden, die ihn ins Gefängnis geworfen haben, bis er der alleinige Sieger ist. Caillaux war es, dem es im Jahre 1909 gelang, die dem Franzosen so widerwärtige Einkommensteuer durchzubringen und die Finanzen zu sanieren, aber er war auch seit 1871 derjenige französische Politiker, der 1911 zum ersten und letzten Male den Versuch machte, die bestehenden Differenzen zwischen Deutschland aus der Welt zu schaffen, um dadurch den Weltfrieden zu sichern. Das macht ihn gewiß zu der für uns interessantesten politischen Persönlichkeit Frankreichs, aber diese mutige Haltung brachte ihm auch den unauslöschlichen Haß aller der nationalistischen Decker und Chauvinisten ein, die ihn seitdem mit Gift und